

II-10276 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 51251J

1990-03-07

A N F R A G E

der Abgeordneten Dkfm. Bauer, Dr. Gugerbauer, Dr. Dillersberger
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend die Mehrwertsteuerbelastung beim Kfz-Leasing

Die Leasingraten beim Kfz-Leasing müssen derzeit mit dem erhöhten Mehrwertsteuersatz von 32 % versteuert werden. Diese Rechtslage wird von vielen Betroffenen deswegen als ungerecht empfunden, weil in der Leasingrate nicht nur eine Tilgungsannuität, sondern auch ein Zinsenanteil enthalten ist. Bei einer Zinsenerhöhung würden dadurch aber auch die Mehrwertsteuereinnahmen des Fiskus ungerechtfertigterweise ansteigen. Durch diese Rechtslage ist das Kfz-Leasing umsatzsteuerrechtlich jedenfalls wesentlich schlechter gestellt, als etwa ein Autokauf mittels Bankkredit.

Nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten muß im Umsatzsteuerrecht als oberstes Prinzip die Wettbewerbsneutralität gelten. Sie richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) Welche Möglichkeiten sehen Sie, das Kfz-Leasing umsatzsteuerrechtlich zu entlasten?
- 2) Inwieweit entspricht die geltende Rechtslage dem Prinzip der Wettbewerbsneutralität?
- 3) Inwieweit ist die geltende Rechtslage EG-konform?